



Deutscher Facharztverband e.V.

DFV - Steinstraße 85 - 81667 München

**An den Deutschen Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Vorsitzende Frau Dr. Martina Bunge**

Via Email an:
katharina.lauer@bundestag.de

Dr. Thomas Scharmann
Bundesvorsitzender
Steinstraße 85
81667 München

Tel.: 089 74 44 25 81
Fax: 089 74 44 25 83

info@deutscher-facharztverband.de
www.deutscher-facharztverband.de
München, 21.08.08

**Anhörung zum GKV-OrgWG am 24.09.2008
hier: Stellungnahme des Deutschen Facharztverbandes**

Sehr geehrte Fr Dr. Bunge,

ich erlaube mir Ihnen die Stellungnahme des Deutschen Facharztverbandes zu o.g. Thema zu übermitteln.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'E. Dannert', written in a cursive style.

Elisabeth Dannert
Geschäftsführung



Deutscher Facharztverband e.V.

Dr. Thomas Scharmann
Bundesvorsitzender
Steinstraße 85
81667 München

Tel.: 089 74 44 25 81

Fax: 089 74 44 25 83

info@deutscher-facharztverband.de

www.deutscher-facharztverband.de

München, 21.08.2008:

**Stellungnahme des Deutschen Facharztverbandes zur Anhörung am 24.09.08,
Thema: GKV-OrgWG**

Grundsätzlich begrüßt der Deutsche Facharztverband jede Aktivität, die zu einer gleichmäßigen und gerechten sowie breiteren Einnahmehasis der Krankenkassen führt. Er hält es jedoch für nicht ziel führend, die Vergütung der Ärzte an der Kassenlage der Krankenkassen festzulegen. Maßstab aller Ausgaben kann und darf nur der Bedarf der Patienten sein. Ebenso wie jede Verschwendung von Mitteln für unsinnige Maßnahmen keinen Sinn macht, schadet eine übertriebene Sparsamkeit ebenso. Bis heute arbeiten die niedergelassenen Fachärzte 20 % unter den Kalkulationen des EBM. Bis zu 25 % der fachärztlichen Leistungen (je nach Fachgruppe) erfolgen ganz ohne Vergütung. Das führt zu den bekannten Problemen in der Versorgung der Patienten besonders in den neuen Bundesländern.

Eine Gleichstellung Ost/West ist zu befürworten, jedoch muss auch für Baden-Württemberg und Bayern wenigstens der Inflationsausgleich erfolgen. Das heisst: es muss auch eine Anhebung der Vergütung für diese Länder erfolgen. Das ist nur mit einer Erhöhung der Vergütung zu erreichen, die in jedem Fall erforderlich ist, also auch, wenn es nicht zur Einführung des Gesundheitsfonds kommen würde.

Andererseits muss auf eine sinnvolle Verwendung von Geldern geachtet werden. Auch politisch gewollte Projekte wie Hausarztverträge und die Förderung medizinischer Versorgungszentren müssen vor diesem Hintergrund nach ihrer Wirtschaftlichkeit und Ihrem Nutzen für den Patienten hinterfragt werden. Wer Hausarztverträge fordert muss entweder die Einsparpotentiale durch belastbare Zahlen hinterlegen oder sagen, aus welchem Haushaltsposten der Bundesregierung sie zu finanzieren sind. Die Mehrkosten dürfen nicht den Versicherten auferlegt werden noch den Gesundheitsfonds belasten oder der fachärztlichen Versorgung entzogen werden.

Dr. med. Thomas Scharmann,
Bundesvorsitzender des Deutschen Facharztverbandes DFV e.V.